

Marianne Erdrich-Sommer

Es gilt das gesprochene Wort !



Rede zum Haushaltsplan 2024

(im Kreistag Esslingen)

Nach Jahren von Sicherheit und Wohlstand, die wir erleben durften, war nicht vorstellbar, dass in unserer unmittelbaren Nähe, in der Ukraine, nun im zweiten Jahr ein so schrecklicher Krieg tobt - mit unsagbarem Leid und Zerstörung - und bisher ist kein Ende in Sicht.

Und nun auch noch der unmenschliche Angriff der Terroristen der Hamas auf das Staatsgebiet Israels, mit einer unvorstellbaren Brutalität. Wir sind tief erschüttert und fühlen mit den Angehörigen der Opfer und den Verschleppten und ihren Familien.

Ich denke in diesen Tagen an die jungen Menschen, die bei den Schüleraustauschen bei uns waren. Heute werden viele davon an der Front stehen und ihr Land gegen einen gnadenlosen und brutalen Feind verteidigen müssen.

Wir denken aber auch an die Menschen im Gazastreifen, die als menschliche Schutzschilder missbraucht werden und ebenfalls unendliches Leid erfahren.

Es bleibt nur die Hoffnung, dass es ein schnelles Ende der Auseinandersetzung gibt und die Sicherheit des Staates Israel wieder hergestellt werden kann.

Wir leben in krisenhaften Zeiten.

Zu der Klimakrise, deren Folgen immer mehr zu Tage treten, wurden der letzte Herbst und Winter überschattet von der Sorge um die Gasvorräte. Wir haben die Geflüchteten des Krieges mit allen Anstrengungen die dieses erforderte und noch erfordert aufgenommen und untergebracht.

Das alles, wo wir kaum die Corona-Pandemie halbwegs überstanden hatten.

Meine Damen und Herren,

wir haben diese herausfordernden Zeiten vergleichsweise gut gemeistert. Und dafür gehört den Verwaltungen auf allen Ebenen hohes Lob, die bis an ihre Belastungsgrenzen und darüber hinaus gearbeitet haben.

Wir vergessen gerne, welche große Leistung es war, über die Pandemie die Krankenhausversorgung aufrecht zu erhalten, die

Verwaltungen weiter am Laufen zu halten, die Unternehmen so zu unterstützen, dass die Folgen des Lockdown für die meisten tragbar waren.

Leider neigt unsere Gesellschaft derzeit dazu, die Bewältigung der Herausforderungen der Politik nicht mehr zuzutrauen. Gleichzeitig erwartet sie jedoch von der Politik bequeme Lösungen für jeden und alles, manchmal auch das Unmögliche. Diese Entwicklung dürfen wir in der Kommunalpolitik nicht auch noch verstärken. Es ist immer verführerisch, die Finger in Richtung anderer Ebenen zu lenken und Versäumnisse anzuprangern, wohlwissentlich, dass auch dort – wie bei uns auch - die Grenze des Leistbaren erreicht ist. Wir müssen auch hier Verantwortung übernehmen und das Misstrauen in Staat und Demokratie nicht weiter untergraben. Dinge benennen ja, aber ohne Schuldzuweisungen und Schwarzmalerei oder gar mit populistischen Parolen.

In ihrer Haushaltsrede sagten Sie, Herr Landrat, dass 80% der von Bund und Land verfassten Gesetze und Entscheidungen vom Landkreis und von Städten und Gemeinden bearbeitet und umgesetzt werden

müssen. Dort muss für Entbürokratisierung und Abbau der Überregulierung gesorgt werden.

Aber auch der Kreis hat hier seine Aufgaben zu erledigen und uns Grüne würde freuen, in den einzelnen Ausschüssen von der Verwaltung darüber informiert zu werden, wo im Kreis Verwaltungshandeln entfrachtet wird. Wo sind die Vereinfachungsansätze für das Verwaltungshandeln in der Zuständigkeit des Landkreises? Wo kann ggf. Kontrolle durch Vertrauen ersetzt werden. Wir sind auf Ihre Ansätze gespannt, Herr Landrat!

Eine der wirklich großen Herausforderungen für den Landkreis und die Städte und Gemeinden ist die Unterbringung der Geflüchteten. Für den Landkreis sind drei Bedingungen für eine reibungslose Aufgabenerfüllung wichtig: die gerechte Verteilung, die gute Betreuung und die dezentrale Unterbringung. Die Weigerung einiger Städte und Gemeinden sich an der gerechten Verteilung zu beteiligen, ist unfair gegen alle Kommunen, die verlässlich aufnehmen und dadurch mehr belastet werden.

Sollen die BürgerInnen den Glauben in die Handlungsfähigkeit

des Staates nicht verlieren, muss etwas getan werden, um den ungeordneten Zuzug zu regulieren.

Wir stehen als Fraktion hinter den Aussagen unseres Ministerpräsidenten: Irreguläre Migration muss begrenzt werden, gleichzeitig muss aber reguläre Einwanderung erleichtert werden. Auch die Geldkarte ist kein Tabu für uns, wenn sie denn wirklich Sinn macht und kein neues bürokratisches Monster schafft. Wir sind froh, dass sich auf Bundesebene etwas bewegt und wir hoffen, dass gute Regelungen gefunden werden, die unserer humanitären Verpflichtung und der Überforderung unserer Gesellschaft gerecht werden.

Hier müssen wir auch über die schwierige Situation der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge(UMAs) in unserem Landkreis sprechen. Deren aktuelle Unterbringungs- und Betreuungssituation ist unzureichend, hier muss schnellstmöglich Abhilfe geschaffen werden.

Meine Damen und Herren,
eine der Überschriften der Rede des Landrates hieß:
„Klimaschutz ist eine Zukunftsaufgabe“. Obwohl der Landkreis schon vieles tut, müssen wir zulegen im Bemühen, klimaneutral zu werden, um das selbst gesteckte Ziel der Klimaneutralität bis

2040 zu erreichen. Wir brauchen weitere und konkrete Umsetzungen.

Die Dachflächen auf kreiseigenen Gebäuden werden nun konsequent mit Photovoltaik belegt. Gut! Auch für private Dachflächen gibt es eine starke Nachfrage nach PV. Und der Klimaschutzagentur wird es hoffentlich gelingen, auch die Wirtschaft zu überzeugen, ihre Dachflächen mit PV zu belegen. Für neue Parkierungsflächen gibt es nun eine PV-Pflicht, bereits bestehende Parkierungsflächen werden aber noch unzureichend berücksichtigt. Hierzu stellen wir einen Antrag.

Die kommunalen Wärmeplanungen schreiten voran, die Energieversorger planen für die Zeit ohne Erdgas zum Klimaneutralitätsjahr 2040. Der Landkreis muss mit diesen Entwicklungen Schritt halten und für seine Liegenschaften entsprechende Sanierungs- und Entwicklungskonzepte hin zu einer klimaneutralen Energie- und Wärmeversorgung erarbeiten. Auch hierzu stellen wir einen Antrag.

Die gute Arbeit der Klimaschutzagentur und der Stabsstelle Klima beim Landratsamt sind ausdrücklich zu loben. Es besteht eine hohe und dynamische Nachfrage nach den Dienstleitungen der Agentur. Wir möchten alle Gesellschafter der Agentur ermuntern, der Klimaschutzagentur die personellen und finanziellen Mittel zu gewähren, die zur Bewältigung dieser Nachfrage notwendig sind. Jetzt ist die Zeit fürs Handeln!

Was wir heute ebenfalls angehen müssen, um morgen noch gut und sicher leben zu können ist die Klimafolgenanpassung. Wie gehen wir mit den sommerlichen Hitzewellen um, besonders an Schule und Krankenhäusern. In unseren sonst sehr gut ausgestatteten Schulen besteht hier teils erheblicher Handlungsbedarf. Mit Klassenzimmertemperaturen von 30 und mehr HitzeGraden Klassenarbeiten oder gar Prüfungen zu schreiben, ist den jungen Menschen nicht zuzumuten. Wir sollten uns darum kümmern!

Meine Damen und Herren

Dass die Beleuchtung der Gebäude für Insekten lebensgefährlich sein kann, wenn sie nicht insektenfreundlich ausgestattet ist, hat

der ATU diskutiert. Für uns unverständlich, dass das Konzept der Verwaltung zur Umrüstung der Beleuchtung für kreiseigene Gebäude abgelehnt wurde, zumal hier eine gesetzliche Handlungsverpflichtung besteht. Es ist eben nicht getan mit dem einfachen Austausch von Beleuchtungskörpern, fachliche Bewertung und zielgerichtete Maßnahmenauswahl sichern die erfolgreiche und wirtschaftliche Umsetzung. Artenschutz ist nicht nur etwas für Sonntagsreden, auch hier muss gehandelt werden.

Wie es um die Finanzen des Kreises steht, haben Landrat und Kämmerer dargestellt.

Die Höhe der Kreisumlage wird noch intensiv zu diskutieren sein, um dem Kreis die notwendigen Finanzmittel zu gewährleisten, den Städten und Gemeinden aber nicht die Gestaltungsspielräume gänzlich zu nehmen.

Eine solche intensive Diskussion hatten wir uns schon vor der Neuregelung der Finanzierungsleitlinien gewünscht. Dem vorgelegten Kompromiss haben wir nur zugestimmt, da er das Nachholen der intensive Diskussion um gute Festlegungen beinhaltet hat und eine Befristung aufgenommen wurde. Nun werden wir schneller als geplant zu dieser Diskussion gezwungen

sein. Ich bin überzeugt, dass es einen für beide Seiten gerechten und tragbaren Kompromiss geben kann.

Was für uns unverständlich ist, dass einige Kämmerer in den Kommunen Haushalte aufstellen, die noch sehr niedere Kreisumlagehebesätze beinhalten. Ein Blick in die mittelfristige Finanzplanung und die Informationen zu Mitte des Jahres hätten hier geholfen, realistischere Haushaltsansätze zu wählen. Solide Haushaltsaufstellung sieht anders aus.

Personalgewinnung und -Bildung sind ein großes Gegenwarts- und Zukunftsthema. Bezüglich der Beruflichen Ausbildung beginnt nun eine Diskussion über generalisierte Ausbildungen, angestoßen von Mitgliedern der IHK. 70 % der Befragten eines Kongresses zur beruflichen Ausbildung der IHK wünschen sich keine differenzierten Berufsbilder, sondern eine Konzentration auf wenige Basisberufe, die zu Beginn der Ausbildung eine breite Wissensbasis vermitteln und die im Laufe der Ausbildung die Spezialisierung erlauben. Das betrifft den Ausbildungsmarkt, aber auch unsere Schulen direkt. In dieser Diskussion müssen wir uns im Sinne unserer Schulen positionieren.

Der Sozialhaushalt ist der größte Einzelhaushalt. Er ermöglicht vielen Menschen die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Gesellschaftliche Teilhabe, Vermeidung von Armut und Chancen auf Arbeit und Bildung sind wichtige Grundpfeiler unseres Sozialstaates und ist Grundvoraussetzung für Demokratie, soziale Gerechtigkeit und den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Darauf müssen wir heute mehr denn je achten. Auf die Klärung offener Fragen zur gesellschaftlichen Teilhabe und der Einstellung von Haushaltsmitteln stellen wir einen Antrag.

Die Information im ATU über den Zustand der Freizeitheime haben deutliche Mängel dargestellt. Das Thema kann nun nicht auf die lange Bank geschoben werden. Wir von der Fraktion Grüne bekennen uns zu den wichtigen Aufgaben, die die Freizeitheime leisten, Räume für Jugenderholung und naturnahe Pädagogik bereitzustellen. Die niederschweligen Angebote verschiedener Träger zur Persönlichkeitsbildung die dort stattfinden werden für junge Menschen immer wichtiger. Die Erarbeitung eines konzeptionellen und strukturierten Sanierungsprogrammes, abgestimmt mit dem KJR, ist nun geboten.

Beim ÖPNV als wichtige Säule der Verkehrswende steigen die finanziellen Aufwendungen des Kreises. Die Angebote des Landkreises können sich sehen lassen: Die Fortentwicklung des Schienennetzes geht voran. Die Stadtbahnlinie U6 ist in Betrieb, Verlängerung der S3 nach Neuhausen ist in Umsetzung, die Verbindung Fildern- Kirchheim wird untersucht, die Verlängerung nach Weilheim ist als machbar festgestellt und muss nun auf die Agenda kommen, an der Verlängerung der Stadtbahn nach Esslingen wird gearbeitet.

Die Busunternehmen haben die Corona-Krise dank der Hilfen des Kreises überstanden. Und die neuen Richtlinien für den Einsatz emissionsärmerer bzw. emissionsfreier Busse werden im Landkreis gut und schneller als gedacht umgesetzt. Da leistet der Landkreis Vorbildliches.

Auch die Radwege im Kreisgebiet werden sukzessive verbessert und ausgebaut, hier sind auch die erhöhten Zuschüssen von Bund und Land ganz positiv zu erwähnen.

Der Vollzug des Haushalt steht ganz unter der Maßgabe des notwendigen Personals. Die fehlenden MitarbeiterInnen, die nichtbesetzten Stellen machen eine gute Aufgabenerfüllung

wirklich schwer. Wir haben da großes Verständnis.

Einen positiv abgestimmten Antrag aber über zwei Jahre nicht zu bearbeiten, ohne eine Zwischeninformation zu geben, irgendwie zu reagieren, da fehlt uns jedes Verständnis. Wir haben vor zwei Jahren in den HH Beratungen einen Antrag eingebracht, der die Nachhaltigkeitsziele, die SDG's betrifft. Wann gedenkt der Landkreis eigentlich, daran etwas zu tun? Haben Sie, Herr Landrat etwa geglaubt, dass wir ihn vergessen? Wir haben den Eindruck, wer dem Kreis nicht salopp gesprochen „Vor's Schienbein tritt“, der wird nicht ernst genommen.

Da wollen wir nun endlich einen Fahrplan für die Umsetzung dieses nach wie vor notwendigen und sinnvollen Antrag.

Es gibt noch viele Bereiche des Kreises, die es zu besprechen gäbe, so z.B. Müllpolitik, Krankenhäuser, uvm dafür ist jedoch die Zeit zu knapp.

Ich wünsche uns gute Beratungen und danke für die Aufmerksamkeit.